

Berliner Tageblatt

Die unentgeltlich empfangenen Abonnementsblätter werden nicht in die Rechnung des Abonnenten eingerechnet.

und Handels-Zeitung

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin. Druck: Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Einfluß der Arbeiterschaft auf die Friedenskonferenz.

Die Forderungen der englischen und amerikanischen Arbeiter.

Internationale Organisation der Arbeit.
(Telegramm unseres Korrespondenten)

Der „Daily Telegraph“ macht Mitteilungen über den Inhalt der Kommissionsbesprechungen der alliierten Friedenskonferenz über die Arbeiterfrage. Das Ziel dieser Besprechungen ist ein doppelt: Erstens: die Aufrechterhaltung aller der verschiedenen Gegenmaßnahmen der Arbeiterfrage, die von den verschiedenen Nationen in normalen Zeiten aufgestellt wurden, und zweitens: darüber hinausgehend, die Sicherung des Grundgesetzes, daß die Arbeiter zufünftig unter zufriedenstellenden wirtschaftlichen Bedingungen arbeiten sollen, die nicht bloß durch nationale, sondern auch durch internationale Festlegungen garantiert werden. In Paris erklärt man hierzu das Zugeständnis, daß ein Völkervertrag sich nicht verpflichten wird, das Recht der Arbeiter zu beschneiden, sondern es vielmehr zu erweitern. Man hält es allerdings nicht für richtig, daß die Arbeiterschaft selbst diese Stellungnahme erlernen wird. Die Arbeiterschaft will ihre eigene Stimme erheben und ihre eigenen Forderungen aufstellen. So erklärt „Daily Telegraph“, die Verhandlungen werden damit beginnen, daß die Meinung jeder Regierung über die zweckmäßige Zusammenfassung eines Komitees eingeholt wird, das berufen zu werden hat, die wesentlichen Bestimmungen der Arbeiterfrage zu erörtern und die Verhandlung einzuleiten. Als solche Probleme gelten bereits Festlegungen über die Anzahl der Arbeitsstunden in der ganzen Welt und Festlegungen über „unentgeltliche Arbeitsbedingungen“. Die Anzahl der Arbeitsstunden, die die Unternehmer von den Arbeitern fordern können, ohne sich einer Beschränkung zu unterwerfen, wird in jedem Lande nach der Beschäftigung des Arbeiters bestimmt werden. Man rechnet z. B., daß der zünftige Arbeiter sechs Stunden zu einer Leistung gebracht, zu der ein Amerikaner nur fünf oder sechs Stunden benötigt. Es heißt ferner, daß gewisse Staaten nicht willens sind, Bestimmungen über die Arbeitszeiten zu lassen, die die Produktivität ihres Landes beeinträchtigen würden. Es wird erwartet, daß Deutschland von vornherein Einverständnisse ablehnen würde, die zur Folge haben müßten, daß die militärische Besetzung des deutschen Gebietes sich ins Endlose verlängerte, weil durch die Arbeitsbeschränkungen die Kriegsentwickelung nur langsam beendet werden könnte. Auch Japan protestiert, wie es scheint, denn es hat sich gewinnbringende Märkte in fernem Osten geöffnet und Vorbereitungen getroffen, um zu niedrigen Preisen zu liefern.

Schwierig ist auch die Frage der internationalen Kontrolle, die ein besonderes Überwachungsorgan notwendig machen würde, dessen Einrichtungen von den nationalen Regierungen unangenehm empfunden werden würde. Trotzdem wird man infolge der Stimmung in der Arbeiterschaft diesen Teil der internationalen Organisation durchsetzen. Man ist der Ansicht, daß die gegenwärtige Führung nicht ausreichen wird, bevor nicht ein Umsturz erfolgt ist. Ein Umsturz nicht nur in den direkten Lebensumständen der Arbeiter, sondern auch im Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Ferner in der Frage der Vertriebsmittel zwischen Arbeitstätten und Arbeiterwohnungen, in den Fragen der Bewegung des Arbeitsmarktes überhaupt und der Beziehungen zwischen den arbeitenden Männern und dem begünstigten „Hilfsstand“. Es scheint, daß der Konferenz vor allen Dingen daran liegt, einen Anfang zu machen, von demheraus die Arbeiter auf der Konferenz selbst das Gefühl bekommen, daß die gegenwärtigen Arbeiter nur eine Spitze in dem unauffälligen Aufstieg der Massen seien, und daß die Konferenz weiter handle, wenn sie diese Entwicklung des sozialen Ausgleichs unterstütze und in geordnete Bahnen führe.

Die deutsche Regierung hat bereits mehrere Male angeklagt, daß sie die Arbeiterfrage zu einem besonderen Punkt der Friedensverhandlungen erheben zu sehr wünscht. So nämlich die Tätigkeit dieses Institutes der Welt in Paris. In diesem Punkte ist man sich einig, daß die Arbeiterfrage nicht nur ein Problem der Friedensverhandlungen ist, sondern ein Problem der Welt. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, die Arbeiterschaft zu unterstützen und die Arbeiterschaft zu unterstützen. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, die Arbeiterschaft zu unterstützen und die Arbeiterschaft zu unterstützen.

merken, wenn man nicht etwa die Ansicht hat, die Festlegung der Arbeiterschaft des deutschen Arbeiters für irgendwelche Konkurrenzmaßnahmen zu gebührender Goldkonferenzmaßnahmen werden ja bei der ferneren Tätigkeit dieses internationalen Arbeitskongresses des Völkervertrages überhaupt nachgelassen. Denn es wäre auch möglich, daß in Bezug auf andere Länder, durch die Festlegung der Arbeiterschaft, einer mächtigen Mehrheit Vorteile zuzuwenden, die nicht in der Sache selbst begründet sind. Selbst eine sehr kräftige Vertretung der Arbeiterschaft in der Arbeitsorganisation des Völkervertrages würde kein Gegenmittel gegen einen solchen Mißbrauch bilden. Um diesem nach zu gehen in der jetzigen Pariser Kommission Einflüsse geltend zu machen, die vor allen Dingen die Gewerkschaften gegen die unorganisierte Arbeiterschaft schützen wollen.

Maßnahmen zur Beschleunigung des Friedensschlusses.

Zurückstellung aller nichtaktuellen Angelegenheiten.
(Telegramm unseres Korrespondenten)

Polnisch-Konferenzbüro meldet aus Paris: Um die Tätigkeit der Konferenz abzukürzen, sind die Mächte übereingekommen, alle Probleme, die weniger wichtig sind, dem Völkervertrag zu überlassen. Die überall in der Welt vorhandene Sehnsucht den Friedensvertrag zu beschleunigen, hat diesen Einfluß auf die Gruppe der neutralen Nationen gehabt, die ihre Ziele möglichst schnell verwirklichen wollen. Falls die Konferenz selbst alle großen und kleinen Fragen erledigen sollte, so würde sie hierzu mindestens ein Jahr benötigen. Während dieser Zeit müßten die alliierten Streitkräfte unter den Waffen bleiben. Die Demobilisierung würde verzögert, die wirtschaftliche Wiederherstellung würde in unbestimmter Zeit hinausgeschoben und die Welt würde in einem Zustand von Unordnung bleiben. Der unwiderstehliche Drang von allen Seiten, sowie wie möglich Verhandlungen zu vermeiden, hat nun bewirkt, daß die Großmächte zu dem Entschlusse gekommen sind, vorläufig alle Angelegenheiten ruhen zu lassen, die nicht von aktueller Bedeutung sind. Die einzige Schwierigkeit, auf die man stoßt, ist die, daß jede einzelne Regierung ihre Angelegenheiten für die Verhandlung ansetzt. Sie glaubt dann, mit ihrer Lösung auf die Gründung des Völkervertrages nicht warten zu können. Um diese Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, wird es wohl nötig sein, daß die Großmächte gegenüber den kleineren Nationen eine energiegeladene Haltung einnehmen, als sie dies bisher getan haben.

Kolonialisierung der Pariser Konferenz.

Ein „zufriedenstellendes vorläufiges Abkommen getroffen.“

Paris, 30. Januar. (W. Z. B.)

Antiker Bericht. Präsident Wilson, die Premierminister und Minister des Reiches von Großbritannien, Frankreich und Italien sowie die Vertreter Japans, hielten am Donnerstag zwei Sitzungen ab. Der Oberstaatssekretär über den Stillen Ozean und Afrika ging in Anwesenheit der Vertreter der Dominions, des französischen Kolonialministers Simon und Salgado Maggis weiter. Ein zufriedenstellendes vorläufiges Abkommen ist über die hinsichtlich der deutschen Kolonien und der besetzten Gebiete in der asiatischen Pazifikzone und den Inseln im Pazifik geschlossen worden. Am Nachmittag war die befristete Abordnung anwesend. Simons Vorträge und von den Generalen der besetzten Gebiete hinsichtlich des Kongresses auseinandergesetzt. Außerdem wurde entschieden, daß die militärischen Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte und der oberste Kriegsrat in Versailles aufgeführt werden sollen, einen Bericht über die beste und sachgemäßeste Verteilung der für die Aufrechterhaltung der Ordnung im besetzten asiatischen Gebiet notwendigen Streitkräfte einzureichen. Die nächste Sitzung findet am Freitag nachmittag statt.

Melbourne, 30. Januar. (Reuters.)

Am 25. Januar wurde auf einer Konferenz der Premierminister beschlossen, daß die Bundesregierung bereit sei, von den feindlichen Ländern Geldern ihrer Verleumdungen für den Krieg zu fordern.

Die Zukunft der deutschen Kriegsslotte.

Von Maxradul verboten.)

Die Nationalversammlung wird sich neben unzähligen anderen Fragen auch darüber baldigst beschäftigen werden müssen, welches das Schicksal unserer Kriegsslotte sein soll. Schon aus finanziellen Gründen ist das notwendig, denn es wird hohe Zeit, die bisher vielfach noch recht verschwenderisch weiter laufende Maschine des Kriegsmarinebetriebes einschranken zu unterwerfen. Der Friedensschluß braucht nicht abgewartet zu werden, wie es zum Beispiel hinsichtlich der Bestimmung über die Kolonien der Fall sein muß. Schon heute wissen wir, daß unsere einst so stolze Kriegsslotte, die den zweiten Platz unter den Seemächten einnahm, auf unabweisbare Zeit ihre ehemalige Stellung nicht wieder erlangen kann. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Flotte nun ganz abgesehen davon, ob jede stärkere Flottenrüstung beim Ausleben-treten des Völkervertrages unzulässig wird, nur ein äußerst geringes Ausmaß in personeller und materieller Richtung aufweisen kann. Eigentliche Kampfsschiffe haben für uns keine Zukunftsberechtigung mehr. Einige Kreuzer zur Verbindung mit dem uns hoffentlich doch zu erhaltenden Kolonialbesitz in Afrika und zur Vertretung unserer Handelsbeziehungen im Ausland werden neben kleineren Fischern zum Schutz der Fischerei, zu Vermessungszwecken usw. den vorläufig zu stellenden Anforderungen genügen.

Zurzeit handelt es sich in erster Linie um die Fragen: auf welchem Wege ist es möglich, dem jetzt sehr zahlreichen „Erschütterer“, „Ingenieur“ usw. dem Deflozierer- und Interozierer-Korps unter künftiger Wahrung ihrer wirtschaftlichen usw. Interessen Verlogung zu gewähren, ferner, wie kann das noch vorhandene Schiffsmaterial verwendet werden, und endlich, auf welche Weise sind die drei Staatsverträge mit den anderen Marineestablishments — Torpedobootflotten, Raketen-Verwaltungen, Erziehungsgebäude u. a. m. — allgemein zweckmäßig zu machen? Aus letzterem hat man zuweilen die Meinung, die Kriegsslotte wird einfach, soweit sie uns von den Engländern überlassen ist, der Kaufkraftschiffahrt dienbar gemacht. Schiffe und Mannschaften werden dazu verwendet, unteren Handel übersee zu fördern. Einem Ueberlegen kann diese Art der Lösung des Problems naturgemäß nur bedauern. Wohl ist die Zahl der Deflozierer, Ingenieure, Deflozierer und Interozierer, die am Bande kommandiert waren, und nicht anständig ist es im allgemeinen, Kriegsschiffe als Kaufkraft zur Verwendung für unsere Handelsflotte zu verwenden. Die Deflozierer und Mannschaften, die seit dem August 1914 im Dienst der Kriegsmarine standen werden ihrem eigentlichen Beruf wieder zugeführt. Sie genügen, um zunächst den Bedarf weiterer in Folge Beschaffung usw. fast verfeinerten Handelschiffahrt zu decken. Nur auf dem Gebiet der Seefahrt ist die dritte Aussicht zur Verfügung für frühere Kriegsmarineangehörige sein. Der Fischfang wurde vor dem Krieg bei uns längst nicht intensiver genug betrieben. Nun, da Sparmaßregeln geboten ist, müssen fische mehr als früher als Fischerei genommen werden. In Kiel, Danzig und Wismar können die Staatsverträge und weitere Betriebe den Zwecken einer Reichshochseefischerei nutzbar gemacht werden. Etwas tiefer liegt eine erhebliche Reihe von Offizieren, Deflozierern usw. anstellen.

Das aktive Seefloziererkorps war vor Ausbruch des Krieges nach dem Stand der damals vertriebenen Rangliste — vom 12. Mai 1914 — fast: 2 Großadmirale, 6 Admirale, 12 Vize- und 22 Konteradmirale, 100 Kapitane zur See, 55 Freigatten- und 228 Korvettenkapitane usw., insgesamt rund 2200 Röhle. Das Marineingenieurkorps umfaßt: 8 Obergenieure, 31 Oberleutnants und 120 Stabsingenieure usw., zusammen rund 530 Röhle; das Marineoffizierskorps besteht aus 1 Generalstabsarzt, 6 Marinegenerale, 16 Marinegeneraloberärzten usw., zusammen rund 330 Röhle; das Seehilfskorps aus 77 Stabszahlmeistern usw., zusammen rund 260 Röhlen. Ferner gibt es das Feuerwerks- und Torpedobootkorps (230 Röhle) und dann die große Menge von Beamten für Schiffe und Maschinenbau. An Deflozierern waren bei den Matrosenabteilungen vorhanden 440 bei den Deflozierern 1700 und bei den Torpedobootabteilungen den 11-Boot-Abteilungen, dem Torpedobootkorps usw. rund 1200. Es ist also allein an Offizieren und Deflozierern ein recht erhebliches aktives Personal aus der Friedenszeit vorhanden, welches verlegt werden muß. Die Verluste kommen kaum in Betracht, sie sind durch den Nachschub ausgleichlich.

Unsere Flotte wird gänzlich auf den Stand etwa wie er zu Anfang der achtziger Jahre der vorigen Jahrhundert war, zurückgeführt werden müssen. Demals bestanden wir an Schlachtschiffen: 7 Panzerkreuzer, 5 Panzerkorvetten, an Kreuzern 11 gedeckter und 7 Glatdeckstorkreuzer, dann 9 Kanonenboote, einige Torpedoboote, Tausende Schiffschiffe usw. Hierzu war ein Personal vorhanden: 1 Vize- und 4 Konteradmirale, 22 Kapitane zur See, 42 Korvettenkapitane, 83 Kapitänleutnants, 133 Leutnants und 85 Unterleutnants. Es gab ein Artilleriekorps in Stärke von 1 Generalmajor, 7 Oberleutnants, 20 Stabsärzten usw., ein Ingenieurkorps in Stärke

Der Vormarsch der Regierungstruppen gegen Bremen.

Die Bremer Spartacisten zum Widerstand entschlossen?

T. K. Bremen, 31. Januar.

Um 1/2 Uhr nachts sind vier Mitglieder des Bremer Rates der Volkbeauftragten in Berlin eingetroffen und ersuchten den Divisionsstab des Korps Gerstenberg um Einstellung des Vormarsches bis zur Erledigung der Verhandlungen in Berlin. Der Divisionsstab bestand auf sofortiger Entlassung der Arbeiter und erklärte, daß er in keine Verkleidung in dieser Angelegenheit einwilligen könne. Von Seiten der Volkbeauftragten wurde ihm erwidert, daß diese Maßnahmen nicht durchführbar seien. Daraufhin wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Bis zur Stunde hat es den Anschein, als ob die Bremer

Arbeiter es bis zum Ausbruch werden kommen lassen.

Die Situation in Bremen steht auf dem Messer. Schneide und es ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Stunden entwickeln werden. Nach dem Bekanntwerden der Nachricht vom Vormarsch der Regierungstruppen erfolgte die Bewaffnung der gesamten Arbeiterschaft. Die Kontraktwagen wurden requiriert und brachten Maschinengewehre nach den Vorstädten, die von Arbeitertruppen besetzt wurden. Auch die Straßenbahn wurde für denartige Transporte herangezogen.

Die Volksgewissen bei Fern völlig geschlagen.

London, 30. Januar. (Globe.)

Die dritte, die vierte und die fünfte deutsche militärische Armee sollen bei Fern völlig geschlagen sein.